

Krieg

Beitrag von „tibo“ vom 24. November 2025 06:51

Wenn man sich die Zahlen nüchtern anschaut, relativiert sich das Ganze deutlich: Bei mehreren Millionen Leistungsbeziehenden spricht die Bundesagentur für Arbeit von einigen hundert Verdachtsfällen auf organisierten Bürgergeldbetrug. Aus der Antwort der Regierung auf die Anfrage der Grünen lässt sich entnehmen, dass nur drei Fälle bekannt sind, bei denen Gerichte eine Geldstrafe verhangen haben, also selbst da keine bandenmäßigen Betrug gesehen haben. Das ist ein reales Problem, aber eben eines im Promillebereich. Weit entfernt von dem Bild, das rechte Akteure und Springer-Medien gerne zeichnen oder hier User*innen dies als Hauptgrund für den Abstieg mancher Ruhrgebietsstädte überhöhen.

Die starke Aufregung hat weniger mit der tatsächlichen Häufigkeit zu tun als mit der politischen Verwertbarkeit des Themas. Es passt perfekt in das Narrativ von „kriminellen Ausländern“ und einem angeblich völlig ausufernden Sozialstaat.

Schaut man genauer hin, liegt der Kern jedoch im Immobiliensektor: Die Masche funktioniert nur, weil skrupellose Vermieter Schrottimmobilien zu Wucherpreisen vermieten und der Staat kaum wirksame Eingriffsmöglichkeiten hat. Das ist in erster Linie ein Wohnungsmarkt- und Regulierungsproblem, kein kulturelles oder migrationspolitisches.

Wenn aber die Rechtskonservativen nun für Mitpreisdeckel offen sind, Vermieter*innen genauer kontrolliert werden und Gewinne aus Immobilien mehr der Allgemeinheit zu Gute kämen, wäre ich da in der Hinsicht auch offen für.